

**Betreff:** Oktober-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut

**Von:** "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>

**Datum:** Sat, 02 Oct 2010 21:44:47 +0200

**An:** steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

auf nationaler und europäischer Ebene wird zur Zeit heftig um unsere Forderungen gerungen. Sowohl Totalausfall bis auch Teilerfolg erscheinen in näherer Zeit möglich.

Auf EU-Ebene zeichnet sich ein Scheitern der Bemühungen aufgrund eines Neins der Briten ab. Aber auch andere Regierungen, etwa die Schweden und Vertreter der EU-Kommission legen der Kampagnenforderung Steine in den Weg. Ob sich in der Euro-Zone eine Mehrheit für die Finanztransaktionssteuer (FTS) finden lässt, ist unklar. Die Unterstützung Frankreichs scheint im Vergleich zu den öffentlichen Bekundungen momentan eher halbherzig. Neben Frankreich kommt es bei den Staaten der Eurogruppe besonders auf das Engagement der deutschen Bundesregierung an.

Von allen Medien außer der ZEIT unbeachtet soll Finanzminister Schäuble sich auf einem Treffen des CDU-Wirtschaftsrats persönlich von der FTS distanziert haben. Er sei kein Freund dieser Steuer und sie sei nicht auf sein Wirken in das Konzept der Bundesregierung gelangt. Dabei hatte er eine Woche zuvor im Bundestag noch ein energisches Vorantreiben der Steuer gefordert. Bundeskanzlerin Merkel bekräftigt zwar ein Festhalten an der europäischen FTS, bleibt dabei jedoch soweit im vagen, dass die Verknüpfung an eine Zustimmung der Briten unklar bleibt. Die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung in der Unterstützung der Einführung der Finanztransaktionssteuer steht also in Frage. Der Erfolg im Mai, der Koalitionsbeschlusses für eine "Finanzmarktsteuer", war offensichtlich ein Ergebnis hohen öffentlichen Drucks. Daher ist es auch wichtig, für solchen Druck in den nächsten Wochen zu sorgen.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Neue Studien
- Haushaltsentwurf der Bundesregierung
- Kampagnenaktivitäten im September

## **Entwicklungen im Inland:**

29. September: Der europäische Gewerkschaftsbund ruft zum Aktionstag auf. Attac und soziale Bewegungen machen einen [Bankenaktionstag](#). In mehr als 70 Städten werden Banken auf die ein oder andere Weise "besucht". In 130 Städten wird eine Sonderausgabe der [Financial Crimes Deutschland](#) verteilt.

29. September: Bundeskanzlerin [Merkel](#) laviert: Die Regierung sei bezüglich der FTS "schon so weit" zu gucken, "wer ist im Euroraum überhaupt dafür zu gewinnen", so Merkel in einer Sitzung des Europa-Ausschusses des Bundestages. "Die Sache gestaltet sich allerdings schwieriger als wir uns das in Deutschland vorstellen."

24. September: Unklares Bekenntnis: Bundeskanzlerin [Merkel](#) erklärt, sie werde sich weiter für eine Finanzmarkttransaktionssteuer einsetzen. Allerdings lasse sich eine solche Steuer nur international

durchsetzen und müsse im europäischen Rahmen verankert werden. Ist damit die EU oder die Euro-Zone gemeint?

23. September: Laut einem Bericht der [ZEIT](#) distanziert sich Finanzminister Schäuble auf einem Treffen des CDU-Wirtschaftsrats von der Finanztransaktionssteuer. Er sei "kein Freund" der von der Koalition geplanten Finanztransaktionssteuer und die Steuer sei nicht auf seine Initiative in das schwarz-gelbe Konzept zur Sanierung des Bundeshaushalts gelangt.

18. September: "Blasen, Crashes, Renditejagd": Konferenz der [LINKEN](#) in Frankfurt. Auf Einladung ist die Kampagne mit einem Referat von Jörg Alt vertreten.

15. September: Während im Bundestag die Haushaltsdebatte läuft, demonstrieren AktivistInnen des Kampagnenbündnis "Steuer gegen Armut" kostümiert als [Robin Hoods](#), wie eine Finanztransaktionssteuer leere Haushaltskassen füllen könnte.

15. September: "Wir werden weiter für die Besteuerung der Finanzmärkte arbeiten", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in der [Generaldebatte](#) zum Haushalt. "Wir werden versuchen, möglichst viele Länder davon zu überzeugen." Dazu führe Finanzminister Wolfgang Schäuble derzeit viele Gespräche: "Wir geben nicht auf, wir bohren an dem dicken Brett".

14. September: Die [SPD](#) wirbt auf einer eigenen Konferenz in Berlin für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Jörg Alt vertritt auf Einladung die Kampagne.

2. September: Die [ZEIT](#) widmet sich dem Thema Spekulation. Besonderes Beispiel für pervertierte Finanzmärkte: Algorithmen spüren die anstehenden Kaufaufträge von Großanlegern auf, bevor sie wirklich umgesetzt sind. Dann decken sich die Computer in Höchstgeschwindigkeit mit der betreffenden Aktie ein, treiben den Kurs nach oben und verkaufen sie zum höheren Preis. Besser als jedes Verbot würde eine FTS solche Praktiken unterbinden.

1. September: Finanzminister Schäuble stellt bezüglich der Finanztransaktionssteuer klar: " Sollte eine solche Finanzmarktabgabe auch in der Europäischen Union der 27 Mitgliedsstaaten nicht zustande kommen, dann wäre er persönlich dafür, diese Steuer wenigstens in der Euro-Zone einzuführen", so ein [Presseportal](#).

## **Entwicklungen im Ausland:**

30. September / 1. Oktober: Das Treffen des [Ecofin-Rats](#) endet ohne Fortschritt, die Fronten scheinen verhärtet. Von schwedischer und britischer Seite gibt es weiterhin Widerstand gegen eine FTS. Laut [FAZ](#) soll es auch für den von Deutschland eingebrachten Vorschlag einer FTS in der Euro-Zone nur wenig Zuspruch gegeben haben. Die EU-Kommission wird in den nächsten Tagen eine Stellungnahme zur Besteuerung des Finanzsektors vorlegen und Bankenabgaben und FTS sollen auf zukünftigen Treffen und beim nächsten G20-Gipfel in Südkorea weiter behandelt werden.

29. September: Der Chef der britischen Finanzaufsicht [Adair Turner](#) wirbt für eine Finanztransaktionssteuer und widerspricht damit seiner Regierung.

28. September: Die [Österreicher](#) kündigen an, bei der nächsten Sitzung des ECOFIN auf die Einführung der FTS zu drängen. Ein vom Ministerrat abgesegnetes Positionspapier fordert eine „global oder in der EU/Eurozone eingeführte Finanztransaktionssteuer“ mit einem einheitlichen Satz von 0,01 bis 0,05

Prozent. In Österreich setzen sich alle Parteien für die europäische Finanztransaktionssteuer ein. Sollte dies scheitern, ist die ÖVP allerdings gegen eine Einführung auf nationaler Ebene, die SPÖ dafür.

28. September: Die Fraktion der [Europa-Grünen](#) legt eine [Studie](#) zu einer Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen vor, die konkret auf die Einführung in der EU oder in der Euro-Zone abgestimmt ist: Die Steuer betrifft europäische Aktie und Anleihen, Zinsderivate europäischer Währungen, Termingeschäfte mit europäischen Aktien und Kreditderivate, die europäische Kunden abschließen.

27. September: Der Präsident der europäischen Zentralbank [Trichet](#) warnt vor "grösseren Schwierigkeiten" bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

20. September: Nicht das erste Mal gibt es hehre Versprechungen in der Entwicklungshilfe.: Zu Beginn des UN Millenniumsgipfel fordert [Präsident Sarkozy](#) eine Steuer auf Finanzgeschäfte zur Finanzierung von Entwicklung, am 21.9. schliesst sich der spanische [Ministerpräsident Zapatero](#) diesem Vorschlag an. Gibt es dabei [Hintergedanken](#)?

11. September: Neue Zahlen der [Bank für internationalen Zahlungsaustausch](#) (BIZ) belegen einen Anstieg der Transaktionen im Devisenhandel auf das 70fache der Handelsströme von Gütern und Dienstleistungen. Trotz der Finanzkrise sind die Umsätze im weltweiten Devisenhandel gegenüber 2007 um 20 Prozent gestiegen, gegenüber 2004 hat sich das Volumen verdoppelt. Allein in London werden jeden Tag Devisen im Wert von 1,5 Billionen US-Dollar gehandelt.

7. September: Bei einem Sondertreffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister ([ECOFIN](#)) werden Finanztransaktionssteuer und Bankenabgaben behandelt. Frankreich, Österreich und Deutschland hatten sich im Vorfeld für die Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Großbritannien und Schweden lehnen die Finanztransaktionssteuer auf dem Treffen jedoch ab. Über das Thema soll am 30. September und 1. Oktober in Brüssel erneut diskutiert werden. Die EU-Kommission und der EU-Rat werden aufgefordert, im Oktober über Fortschritte bei Bankenabgaben und Transaktionssteuern zu berichten. Das europäische Netzwerk MakeFinanceWork wartet mit einer [Robin Hood-Aktion](#) auf. Auch [AktivistInnen](#) der Kampagne Steuer gegen Armut sind dabei.

6. September: Stephan Schulmeister vom Wiener [WIFO-Institut](#) wird nach Angaben der Presse mit einer Studie belegen, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auch national möglich sei und in Deutschland etwa 8 Mrd. € jährlich bringen könnte.

3. September: Mehr als 50 Staaten wollen sich laut dem französischen Außenminister Kochner für eine [Devisentransaktionssteuer](#) einsetzen. Tatsächlich scheint die Forderung nicht explizit mit den Regierungen der anderen 50 Staaten abgestimmt zu sein. Laut [FTD](#) hieß es aus dem Bundesfinanzministerium, Deutschland zähle nicht zu den Unterstützern, eine Devisensteuer stehe aber auch nicht im Widerspruch zu der von Deutschland geforderten Finanztransaktionssteuer. Der Steuersatz soll anfänglich bei 0,005 Prozent liegen und bis zu 35 Mrd. € bringen. Zum Vergleich: Tobin hatte einen Steuersatz von 1 Prozent gefordert.

1. September: Ein [Arbeitspapier des IWF](#) zeigt, dass auf der Arbeitsebene die FTS positiver gesehen wird als im offiziellen IWF-Bericht zum G20-Gipfel im Juni in Toronto.

## Neue Studien

### Chancen und Effekte der Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen

Neue Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) von Heribert Dieter. Die Studie gibt einen umfassenden Überblick über die aktuelle politische Diskussion um die Finanztransaktionssteuer, vergleicht diese mit anderen diskutierten Vorschlägen und kommt zu dem Schluß, dass eine Finanztransaktionssteuer Mittel erster Wahl sei. Die Studie bringt nicht unbedingt viel Neues, ist trotzdem wegen der erschöpfenden Darstellung, der Konzentration auf das Wesentliche und einer Einbettung in die Analyse der globalen Finanzmarktregulierung durch Kapitalverkehrskontrollen sehr lesenswert. Auch eine konkrete Handlungsempfehlung erfolgt, die keine globale Umsetzung voraussetzt: Die Einführung einer FTS von 0,1% und einer Devisentransaktionssteuer von 1% zur Verhinderung von Umgehungseffekten durch eine kooperative Staaten.

[Zur Studie.](#)

## **Studie der Europa-Grünen**

Die Fraktion der Europa-Grünen hat eine Studie vorgelegt, die einen Weg zur Besteuerung von Finanztransaktionen in der EU und in der Euro-Zone aufzeigt. Nicht alle Finanzprodukte sollen dabei erfasst werden: Die Steuer fällt an auf Transaktionen mit europäische Aktien und Anleihen, Zinsderivaten europäischer Währungen, Termingeschäften mit europäischen Aktien und Kreditderivaten, die europäische Kunden abschließen. Von der Besteuerung „globaler Finanzprodukte“ wird abgesehen, weil das eine Verlagerung der Transaktionen in Regionen ohne FTS zur Folge hätte.

[Zur Studie.](#)

## **Haushaltsentwurf der Bundesregierung**

Im Bundestag wurde vom 14. bis zum 17. September der Haushaltsplan des nächsten Jahres debattiert. Die Bundesregierung hat dazu einen Entwurf vorgelegt, der im Saldo über vier Jahre hinweg 60 Mrd. € erbringen soll. Dies durch neue Einnahmen, aber vor allem durch Kürzungen im sozialen Bereich. Obwohl das hohe Haushaltsdefizit durch die Finanzkrise bedingt ist, leistet die Finanzbranche kaum einen Beitrag: Ab 2012 sind jährlich 2 Mrd. € aus einer Finanzmarkttransaktionssteuer vorgesehen. Ein Gesetzentwurf hierzu fehlt bisher, da die Bundesregierung bislang eine europäische Einführung zur Voraussetzung einer FTS macht. Da das Aufkommen einer FTS deutlich höher als 2 Mrd. geschätzt wird, erscheint auch fraglich, ob die Bundesregierung nicht auch eine andere Form der Besteuerung erwägt, nämlich die vom IWF ins Gespräch gebrachte Finanzaktivitätssteuer. Diese Steuer auf Gewinne und Lohnzahlungen von Banken lehnt die Kampagne von Steueraufkommen und Lenkungswirkung als Alternative zur FTS ab.

Für das zweite Ziel der Kampagne, nämlich ausreichend Mittel für globale Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung bereitzustellen, sieht es düster aus. Das Entwicklungshilfebudget bleibt wegen fest projektierte Aufgaben für das nächste Jahr zwar noch etwa in gleicher Höhe von ca. 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Finanzplan des Bundes wird für die Folgejahre aber mit Verweis auf die Schuldenbremse eine Kürzung der Entwicklungshilfegelder angekündigt. Als loses Versprechen werden zumindest neue Mittel durch innovative Finanzierungsinstrumente in Aussicht gestellt. Ein solches Instrument wäre die Finanztransaktionssteuer mit Zweckbindung der Einnahmen. Die Verabschiedung des Haushalts ist im November geplant.

## **Kampagnenaktivitäten im September**

### **Presseerklärungen:**

**"Umgefallen, Herr Schäuble?" Schäuble darf sich nicht von der Finanztransaktionssteuer**

## **verabschieden**

Pressemitteilung zum Bericht über eine Distanzierung von Finanzminister Schäuble von der FTS.

[Mehr..](#)

## **Statt Sparhaushalt: Finanztransaktionssteuer für Entwicklung, Klima und Soziales**

Pressemitteilung der Kampagne zur Aktion am Brandenburger Tor und zur Haushaltsdebatte.

[Mehr..](#)

## **Schäuble muss in Brüssel Druck für FTS machen. Angebliche Gegenargumente der EU-Kommission längst widerlegt**

Pressemitteilung zum Sondertreffen der EU-Finanzminister (ECOFIN).

[Mehr..](#)

## **Aktion der Kampagne am 15. September: FTS füllt leere Haushaltskassen:**

Der Sheriff von Nottingham stellt sein Kürzungspaket vor. Angemessene Einnahmen für Armutsbekämpfung und Entwicklung sind im Haushaltsplan nicht vorgesehen. Ein Grund für Robin Hood, mal wieder auf den Plan zu treten und Schäubles leere Kassen zu füllen.

[Bilder](#) und [Video](#) der Jusos, ein weiteres Video von [Oxfam](#) und eine Aktionsseite mit Bericht und Fotos bei [Attac](#).

Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten sind die Mitglieder und Mitgliedsorganisationen hinter den Kulissen heftig am Strippenziehen, Netzwerken und Argumentieren. Auf die zahlreichen Hintergrundgespräche und Informationsangebote der Kampagnenträger wird hier nicht weiter eingegangen, es passiert aber so einiges!

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an

[finanztransaktionsteuer@attac.de](mailto:finanztransaktionsteuer@attac.de).